

**24. Dezember 1971: Bericht des Vorsitzenden des KGB, Ju. V. Andropov, an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, über die Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages im Deutschen Bundestag sowie über Positionen der BRD in der NATO\***

Streng geheim

Das Komitee für Staatssicherheit erhielt von einer Quelle aus Regierungskreisen der BRD nachstehende Mitteilung.

Der Meinung Brandts zufolge zeuge die gegenwärtige Lage davon, dass die Verträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen im Bundestag ratifiziert werden, wenn auch mit einer nur knappen Stimmenmehrheit. Viele Abgeordnete aus den Reihen der Opposition seien sich der Zwecklosigkeit ihres Widerstandes gegen die Ratifizierung bewusst, und der stellvertretende [CDU-]Parteivorsitzende Schröder, der Barzel innerlich mit Ablehnung begegne, tendiere dahin, die Verträge zu unterstützen.

Eine gewisse Rolle bei der Schwächung der Position der Ratifizierungsgegner spiele die Reise Barzels nach Moskau. Mit seinem Besuch in der UdSSR habe Barzel Ergebnisse zu erzielen erhofft, die ihm die Behauptung erlaubt hätten, mehr als Brandt erreicht zu haben. Das hätte seine Position in der Partei, im Land und bei den NATO-Partnern gestärkt. Doch letztendlich sei er ratlos aus Moskau zurückgekehrt, obwohl er versucht habe, den Eindruck zu vermitteln, man habe ihn mit besonderer Ehrerbietung empfangen.

In Bezug auf die Position der BRD bei der Sitzung des NATO-Rates im Dezember merkte die Quelle an, dass Außenminister Scheel unter amerikanischem Druck von den ihm erteilten Instruktionen hinsichtlich der Einberufung einer europäischen Konferenz abgewichen sei. Sein Verhalten habe Scheel damit gerechtfertigt, dass die französische Seite ihre Haltung revidiert habe und de facto die USA unterstütze. Allerdings habe Kanzler Brandt bei dem bevorstehenden Treffen mit Präsident Nixon Ende Dezember d. J. die Absicht, entsprechende Präzisierungen bezüglich der Position der BRD zur Frage der europäischen Konferenz vorzunehmen.

Die Quelle teilte mit, dass sich als Folge der Währungskrise in letzter Zeit nicht nur die Beziehungen der BRD mit den USA, sondern auch jene mit Frankreich zugespitzt hätten. Wie in Bonn bekannt geworden sei, habe Pompidou bei seinem letzten Treffen mit Nixon den Versuch unternommen, eine Absprache über eine Lösung der Währungskrise zulasten der Position der BRD auf dem internationalen Geldmarkt zu erzielen. Es sei bezeichnend, dass bislang weder die Amerikaner noch die Franzosen Brandt von den Details der von ihnen erzielten Vereinbarung in Kenntnis gesetzt hätten. Auf dem bevorstehenden Treffen mit Nixon beabsichtige Kanzler Brandt eine harte Position zu vertreten, um keine Diskriminierung der Interessen der BRD zuzulassen.

Die Quelle übermittelte eine mündliche Botschaft von Kanzler Brandt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gen. L. I. Brežnev (Anlage).

Der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit

Andropov<sup>1</sup>

---

\* RGANI, F. 80, op. 1, d. 569, S. 129–134. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 24. Dezember 1971, Nr. 3251-C, Moskau.“ Von Brežnev paraphiert. Vermerk auf dem Deckblatt: „Kopie zu Nr. 3251-C. Ins persönliche Archiv von Gen. Brežnev L. I. zur Korrespondenz mit W. Brandt, 29. Februar 1972, Cukanov.“ Hs. Vermerkt: „Siehe Nr. 383-A.“

<sup>1</sup> Hs. unterzeichnet von stellv. Vorsitzenden S. K. Cvigun.

Mündliche Botschaft von W. Brandt\*

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Meine Eindrücke vom jüngsten Zusammentreffen mit dem Präsidenten Frankreichs decken sich mit Ihren Schlussfolgerungen zum Besuch in Paris, von denen Sie mich in Kenntnis gesetzt haben.

Einige Worte zu dem, was ich aus dem Gespräch mit Pompidou mitgenommen habe: Einen großen Teil der Zeit haben wir Fragen der Währungskrise und den in Europa aufgetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewidmet. Doch haben wir auch einige Probleme der internationalen Politik erörtert und sind dabei zum Schluss gelangt, dass zwischen unseren Ländern in Fragen der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Staaten Europas weitgehende Einigkeit herrscht.

Gleichzeitig traten in unseren Positionen jedoch auch einige wesentliche Abweichungen zutage. So etwa äußerte mein Gesprächspartner unter anderem den Gedanken über die Notwendigkeit, denjenigen Bestrebungen der sowjetischen Außenpolitik in Europa entgegenzuwirken, die, so seine Meinung, auf eine Neutralisierung der Bundesrepublik und ihre Loslösung vom Westen abzielen. Diese Bestrebungen erachtet er als umso gefährlicher, weil die USA unablässig über eine mögliche Reduzierung ihrer Streitkräfte in Europa sprächen. Ausgehend davon möchte Frankreich das Thema einer Reduzierung der Streitkräfte in Europa generell vom Tisch haben. Auf diese Weise unterscheidet sich die Haltung Frankreichs in dieser Frage erheblich von der Sichtweise der BRD und der UdSSR.

All dies spielte offensichtlich eine erhebliche Rolle bei den Änderungen der Positionen Frankreichs in der Frage der europäischen Konferenz, die bei der Dezembersitzung des NATO-Rates offenbar wurden. Wie bekannt ist, nahmen die französischen Delegierten in Brüssel eine Revision ihrer positiven Haltung in Bezug auf die Frage der Einberufung der Konferenz vor und übernahmen de facto die amerikanische Position. Frankreich erklärte sich damit einverstanden, dass die Vorbereitung für die Einberufung der Konferenz auf multilateraler Grundlage erst nach der Unterzeichnung eines Abschlussprotokolls zum Berliner Abkommen begonnen werden könne. Als Antwort darauf wurde unsererseits betont, dass diese Sichtweise nicht der Position der Bundesregierung und ihrem Streben nach aktiver Fortführung der bilateralen Kontakte entspreche.

Während unserer Unterredungen in Paris wurde viel und gut über Sie persönlich gesprochen. Doch beklagte sich mein Gesprächspartner darüber, dass die von uns gegebene Information über das Treffen in Oreanda erheblich karger ausgefallen sei als die von sowjetischer Seite herausgegebene Mitteilung.

Sie haben bestimmt mitbekommen, dass der Moskauer und der Warschauer Vertrag sogleich nach der Paraphierung des Abkommens über den Transitverkehr zwischen der BRD und der DDR zur Ratifizierung übergeben wurden. Die endgültige Abstimmung im Bundestag wird zwischen dem 3. und 5. Mai 1972 stattfinden, weil die Weihnachts- und Osterferien keinen früheren Termin erlauben. Mit Dankbarkeit teile ich Ihnen mit, dass sich die Lage der Opposition nach den von Barzel in Moskau geführten Gesprächen verkompliziert hat.

---

\* Name hs. hinzugefügt. Hs. am linken Rand vermerkt: „Ist zirkular auszusenden. Erhalt bestätigt per Unterschrift von L. Brežnev, 15. Januar 1972; N. Podgornyj, Mazurov, Suslov, Poljanskij [restliche Namen unleserlich].“ Hs. verfügt: „29 op. Ins Archiv [unleserlich] Januar 1972. 7. Februar 1972, K. Bogomolov.“ – Abgezeichnet von stellv. Vorsitzenden des KGB, S. K. Cvigun. – Ms. vermerkt: „Das Dokument Nr. 3251-C vom 24. Dezember 1971 wurde aus dem Sekretariat von Gen. L. I. Brežnev ohne Anlage übermittelt. Laut Mitteilung von Gen. Ju. V. Andropov verblieb die Anlage (auf zwei Blättern) nach Absprache mit ihm und im Zusammenhang mit dem dienstlichen Erfordernis im Sekretariat von Gen. L. I. Brežnev. 18. Januar 1972, Laptev, Timanov, Karev [Unterschriften]. Hs. vermerkt: „7. Februar 1972. Die mündliche Nachricht von W. Brandt wurde von Gen. K. M. Bogomolov an den VI. Sektor der Allgemeinen Abteilung des ZK der KPdSU übergeben, [Unterschrift unleserlich].“

Ich bin besorgt darüber, dass die Ereignisse auf dem indischen Subkontinent zu einer Verschlechterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen führen könnten. In Kürze werde ich mich mit Präsident Nixon treffen und beabsichtige, diese Frage mit ihm ernsthaft zu erörtern.

Ich möchte die sich mir bietende Gelegenheit nutzen und Ihnen die allerbesten Wünsche für das neue Jahr übermitteln. Ich hoffe, dass Sie meine Überzeugung teilen, dass wir beide allen Grund haben, um mit Zufriedenheit auf das Jahr 1971 zurückzublicken, das unsere persönlichen und dienstlichen Beziehungen real und offenkundig vertieft hat.